

## »Kutten und Kinder haben uns zusammengeführt«

### || Matthias Erzberger und die Formierung des modernen politischen Katholizismus

*Kutten und Kinder sind es, die uns endlich zusammengeführt haben*, rief Joseph Eckard der ersten Landesversammlung der württembergischen Zentrumsparlei 1895 in Ravensburg zu<sup>1</sup>. Eckard, derjenige der im gleichen Jahr Matthias Erzberger für die politische Arbeit gewann<sup>2</sup>, äußerte damit seine Freude über die von vielen schon lange erwartete Gründung eines schwäbischen Zentrums und nannte dabei die zwei Themen, die in der Hitze der modernen politischen Auseinandersetzung und im Durcheinander der politischen Streitpunkte den Katholiken Württembergs Ziel und Orientierung geben und sie über allen anderen politischen Fragen einen sollten: die Schulpolitik und die Frage der Wiederezulassung von Männerorden.

Matthias Erzberger betrat genau zu dieser Zeit die politische Bühne. Er arbeitete zunächst als Redakteur des Stuttgarter »Deutschen Volksblattes«, als Mitarbeiter im katholischen Vereinswesen und wurde, nachdem er 1903 das Reichstagsmandat für den Biberacher Wahlkreis erobert hatte, zu einem der bedeutendsten Zentrumspolitiker auf Reichsebene und wirkungsvollen Publizisten<sup>3</sup>. Seine politische Sozialisation und der Beginn seiner politischen Karriere fällt in die Zeit, in der sich im Königreich Württemberg der Katholizismus als politische Kraft formierte und zum festen Bestandteil des württembergischen Parteiensystems entwickelte. Diese Periode, seit Mitte der 1890er Jahre bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, war in ganz Deutschland von einem durchgreifenden Wandel der Politikmuster gekennzeichnet. Die neue Form der Politik ist durch die Ausweitung der politischen Partizipation und durch neue Formen der Agitation gekennzeichnet. Für diese Phase hat sich der Begriff der »Fundamentalpolitisation« oder der des »politischen Massenmarktes« eingebürgert<sup>4</sup>. Der vorliegende

1 DtVb v. 18. Jan. 1895. Der vorliegende Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, der am 8. Juni 2002 auf einer Tagung zu Matthias Erzberger, veranstaltet vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Stadt Münsingen in seinem Geburtsort Buttenhausen, gehalten wurde.

2 Zu Eckard: Carl WALTERBACH, Joseph Eckard, der Begründer der katholischen Arbeiterbewegung in Württemberg. Blumen auf sein Grab, München 1907; sowie Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, bearb. v. Frank RABERG, Stuttgart 2001, 155f. mit weiterer Literatur.

3 Zu Matthias Erzberger nach wie vor grundlegend Klaus EPSTEIN, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin/Frankfurt a.M. 1962; daran anknüpfend Theodor ESCHENBURG, Matthias Erzberger: der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1973. – Zeitgenössisch: Ernst BAUER, Erzberger. Bilder aus seinem Leben und Wirken, Kämpfen und Leiden, Ludwigsburg/München 1925; vgl. ebenso Christian LEITZBACH, Matthias Erzberger: ein kritischer Beobachter des Wilhelminischen Reichs 1895–1914, Frankfurt a.M. u.a. 1998, mit Überblick über die neuere Literatur.

4 Zuerst bei Karl MANNHEIM, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, [zuerst 1935]

Beitrag macht es sich zur Aufgabe zu zeigen, in welchem Zusammenhang die Formierung des politischen Katholizismus in Württemberg mit diesem allgemeinen Wandel steht und wie der politische Katholizismus sich unter den neuen Bedingungen des »politischen Massenmarktes« behaupten konnte. An der Person Matthias Erzbergers können zentrale Elemente dieser Umbruchszeit festgemacht werden. Es wird zu zeigen sein, wie sehr er ein typischer Vertreter des modernen politischen Katholizismus war.

## Vormoderne Politikmuster und Latenz des politischen Katholizismus

Welche politische Rolle spielte der Katholizismus in den 1870er und 80er Jahren in Württemberg? Das Königreich fiel bis kurz vor der Jahrhundertwende durch eine, so der Historiograph der Zentrumsparlei Karl Bachem, *Anomalie [auf], die zu den neuzeitlichen Verhältnissen nicht passen wollte*<sup>5</sup>. Württemberg, in dem immerhin ein Drittel der Bevölkerung katholisch war, war in den neunziger Jahren der letzte Staat im Deutschen Reich ohne eine eigene Zentrumsorganisation. Das bedeutete jedoch nicht, dass das Zentrum bei Wahlen gar keine Rolle spielte. Seit Beginn des Kaiserreichs wurden bei Reichstagswahlen Stimmen für Kandidaten abgegeben, die versprachen, sich der Zentrumsfraktion anzuschließen. Seit 1881 waren unter den 17 württembergischen Reichstagsabgeordneten stets vier Zentrumsvertreter, darunter Graf Konstantin von Waldburg-Zeil-Trauchburg im Ravensburger, Cajetan von Bissingen im Biberacher und Heinrich von Adelmann zu Adelmansfelden im Ellwanger Reichstagswahlkreis<sup>6</sup>. Die vier Mandate behauptete das Zentrum auch mühelos bis ans Ende des Kaiserreichs. Diese Zentrums kandidaturen wurden jedoch von typischen Honoratiorenpolitikern bestritten, die sich bei den Wahlen nur auf ad-hoc gebildete Wahlkomitees stützen konnten. Und auch im Landtag gab es keine »katholische« oder »ultramontane« Partei. Seit der Reichsgründung war die Landespolitik durch den Gegensatz der demokratischen, antipreußisch ausgerichteten Volkspartei und der bismarcktreuen Deutschen Partei geprägt, einer Sammlungspartei von den Nationalliberalen bis zu den konservativen Pietisten. Die katholischen Abgeordneten verteilten sich auf beide Parteien. Die nicht zur Deutschen Partei zugehörigen konservativen Katholiken fanden sich in der »Landespartei« wieder, einer reinen Fraktionspartei, die die Regierung unterstützte. Die nicht parteigegebenen »katholischen Demokraten« bildeten zusammen mit der Volkspartei die Fraktion der »Linken«<sup>7</sup>.

In der Landespolitik herrschte also die dichotome Konfliktstruktur vor, die man spätestens seit Mitte der 80er Jahre als Dichotomie zwischen Fortschritt und Beharrung ansehen kann. Beide Parteien waren auch die einzigen politischen Strömungen, die über eine außerparlamentarische Organisation verfügten. Die – in Württemberg zu dieser Zeit ohnehin noch sehr unbedeutenden – Sozialdemokraten waren weitgehend durch

Bad Homburg u.a. <sup>2</sup>1967, 52–57, (»Fundamentaldemokratisierung«) und Hans ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Politik und Gesellschaft in Mitteleuropa, Berlin 1967, 118ff.

<sup>5</sup> Karl BACHEM, Die Zentrumsbewegung in Württemberg, 1887–1914. Das Werk Adolf Gröbers. in: DERS., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, Köln 1931, Bd. 8, 57–97, Zitat 61.

<sup>6</sup> Siehe Max SCHWARZ, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

<sup>7</sup> Zur Entwicklung der württembergischen Parteien seit den 1860er Jahren vgl. Andreas GAWATZ, Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt 1889–1912, Düsseldorf 2001, 85–116, mit weiterer Literatur.

das Sozialistengesetz ausgeschaltet. Und die protestantischen Konservativen respektive die protestantischen Bauern hatten ebenfalls noch keine eigene politische Vertretung.

Selbst die liberale Parteiorganisation war an späteren Maßstäben gemessen äußerst schwach. Das Muster, nach dem Politik und insbesondere Wahlkampf betrieben wurde, war das der Honoratiorenpolitik. Die Wahlkämpfe waren in der Regel kurz und relativ behäbig. Bei den Landtagswahlen 1889 bewarb sich allein in 22 von 70 Wahlkreisen jeweils nur ein einziger Kandidat um das Mandat. In 16 weiteren Wahlkreisen waren von gegnerischer Seite nur Zählkandidaten oder so genannte »stille Gegner« aufgestellt<sup>8</sup>.

## Abgegrenzte Interessensphären zwischen Staat und katholischer Kirche

Was war der Grund für diese »Anomalie« des Fehlens einer eigenständigen Zentrumsorganisation? Die Erklärung muss man in den kirchenpolitischen Verhältnissen des Königreichs suchen. Württemberg galt zur Zeit des Kulturkampfes als »Oase des Friedens«. Sicherlich war das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Staat nicht ungetrübt. Aber es kam in Württemberg, anders als in Preußen oder Baden, nicht zum offenen Konflikt<sup>9</sup>. Der Grund dafür war nicht der, dass die katholische Kirche hier mehr Freiheit genossen hätte. Vielmehr hatte das Königreich Württemberg in einem strengen Staatskirchenregiment viele Kulturkampfgesetze vorweggenommen<sup>10</sup>. Auf der anderen Seite verfügten die Katholiken mit den katholischen Standesherrn in der Ersten Kammer über eine besonders starke Vertretung im Landtag. Die staatliche Kontrolle über die katholische Kirche übte ein katholischer Kirchenrat aus, der im Gegensatz zu Preußen im Kulturkampf nicht aufgehoben wurde. Vielleicht mag auch eine Rolle gespielt haben, dass wichtige Politiker wie der Ministerpräsident Mittnacht oder der Innenminister der späteren 1880er Jahre Schmid katholisch und dabei natürlich nicht ultramontan waren. Von König Karl, der bis 1891 regierte, wurde sogar unter den Katholiken des Landes kolportiert, er sei heimlich katholisch geworden<sup>11</sup>.

Staat und katholische Kirche hatten also schon früh ihre Interessensphären abgegrenzt, und die Verantwortlichen vermieden es, den anderen durch zu weitgehende Forderungen oder zu forsches Auftreten vor den Kopf zu stoßen. Daher galt die Gründung einer Zentrumspartei auf Landesebene lange Zeit als inopportun. Denn sie wäre von weiten Teilen des Landes als Anschlag auf den »konfessionellen Frieden« gedeutet

8 DtVb v. 13. Jan. 1889.

9 Einige Streitfälle sind aufgeführt in: Dominik BURKARD, Kein Kulturkampf in Württemberg? Zur Problematik eines Klischees, in: RJKG 15, 1996, 81–98.

10 So enthielt das Württembergische Strafgesetzbuch Bestimmungen gegen den Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt. Rigide wurde die Zulassung von geistlichen Orden gehandhabt. Vgl. Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. II., Staat und Kirche im Zeitalter des Hochkonstitutionalismus und des Kulturkampfes 1848–1890, hg. v. Ernst Rudolf HUBER u. Wolfgang HUBER, Berlin 1976, 195ff. – Zusammenfassend Eberhard NAUJOKS, Württemberg 1864 bis 1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hg. v. Hansmartin SCHWARZMAIER, Stuttgart 1992, 333–432, hier 364–369.

11 Auch die ablehnende Haltung von Bischof Hefele gegen das Vatikanum einerseits sowie der verschwindend geringe Anteil an Altkatholiken andererseits werden als weitere Gründe für das Ausbleiben des Kulturkampfes angeführt. Vgl. HAGEN, Geschichte Bd. 2, 98, 117f. – Sowie auch BACHEM, Die Zentrumsbewegung in Württemberg (wie Anm. 5).

worden. Carl Josef Hefele selbst, der Rottenburger Bischof, lehnte aus diesem Grunde eine Parteigründung eher ab<sup>12</sup>. Auch die Regierung versuchte eine zu starke »Konfessionalisierung« der Politik zu verhindern und ersuchte z.B. noch bei den Reichstagswahlen 1890 den Bischof, auf den Wahlkampf und seine Beteiligten mäßigend einzuwirken<sup>13</sup>.

## Vom latenten politischen Katholizismus zur Massenbewegung: Der Katholikentag von Ulm

Es gab schon in den 1880er Jahren Versuche, auch in der Landespolitik dem politischen Katholizismus Gehör zu verschaffen. Allen voran war es Adolf Gröber, der die Gründung eines schwäbischen Zentrums vorantrieb<sup>14</sup>. Doch von Seiten der katholischen Abgeordneten, etwa dem Linken Rudolph Probst, bestand eine gewisse Scheu, mit Gröber den entscheidenden Schritt zu tun. Neben den vorhin genannten Gründen hätte eine Parteigründung für die katholischen Abgeordneten ja auch eine Schwächung ihrer politischen Freunde – im Falle Probsts der Demokraten – bedeutet, mit denen sie bislang in einer gemeinsamen Front gekämpft hatten<sup>15</sup>.

Generell wog der Vorwurf der »Konfessionalisierung« zu dieser Zeit sehr schwer, und man wies diese Anschuldigung vehement von sich. Die wenigen »Proto-Zentrums-kandidaturen«, die es gab, vermieden jede Parteibezeichnung und nannten sich beispielsweise verschämt »christlich« oder »konservativ christlicher Ausrichtung«. Das Stuttgarter »Deutsche Volksblatt«, das Organ des Katholizismus in Württemberg, dementierte noch 1889 heftig die geplante Formierung des Zentrums auf Landesebene<sup>16</sup>.

Das »kritische Ereignis«, das die Entwicklung nachhaltig in eine neue Richtung trieb, war der Ulmer Katholikentag im November 1890. Vorausgegangen war die Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland, der ersten und wichtigsten Massenorganisation des deutschen Katholizismus<sup>17</sup>.

12 BACHEM, Die Zentrumsbewegung in Württemberg (wie Anm. 5), 60. – Hermann CARDAUNS, Adolf Gröber, M. Gladbach 1921, 56. – HAGEN, Geschichte Bd. 2, 127. Zu Hefele: Zwischen Wahrheit und Gehorsam. Carl Joseph von Hefele (1809–1893), hg. v. Hubert WOLF, Ostfildern 1994.

13 Georg H. KLEINE, Der württembergische Ministerpräsident Frhr. Hermann von Mittnacht (1825–1909), Stuttgart 1969, 40f.

14 Zu Adolf Gröber CARDAUNS, Gröber (wie Anm. 12), sowie RABERG, Biographisches Handbuch (wie Anm. 2), 286ff., mit weiterer Literatur.

15 So beurteilte noch die deutschparteiliche Presse 1889 (Schwäbische Kronik v. 12. Jan. 1889) Gerüchte, es sei die Bildung einer Zentrumsfraktion geplant, als abenteuerlich: *Bisher gehörten die katholischen Mitglieder der Kammer gleich ihren protestantischen Kollegen allen Fraktionen an, zur Zeit der Landespartei und der Linken; früher zählte auch die deutsche Partei Katholiken zu ihren Mitgliedern. Die Bildung einer besonderen katholischen Gruppe dürfte übrigens in keiner Weise in Aussicht zu nehmen sein. Das würde ohne Zweifel schon die wachsame Besonnenheit des Abgeordneten von Biberach [Rudolph Probst, A.G.] zu verhindern wissen.*

16 DtVb v. 30. Jan. 1889.

17 Zum Katholikentag: Der Katholikentag von Ulm. Authentische Ausgabe, bearb. v. Konrad KÜMMEL, Stuttgart 1890. – Zum Volksverein: Winfrid HALDER, Katholische Vereine in Baden und Württemberg 1848–1914. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte des südwestdeutschen Katholizismus im Rahmen der Entstehung der modernen Industriegesellschaft, Paderborn 1995. – Allgemein: Horstwalter HEITZER, Der Volksverein für das Katholische Deutschland 1890–1918, Mainz

Der Katholikentag von Ulm war, abgesehen von kleineren Veranstaltungen, die erste Versammlung von Katholiken in Württemberg. Mit Sonderzügen reisten die Besucher an. Es waren so viele, dass nach der Hauptveranstaltung noch eine Nachversammlung für diejenigen, die keinen Platz gefunden hatten, abgehalten werden musste. An die 20000 Besucher drängten sich in der Halle. Der Versammlungsraum war geschmückt mit dem päpstlichen Wappen und den Büsten von Papst und Kaiser, König und Bischof. Auf der Estrade saßen die Größen des württembergischen Katholizismus wie Graf Max von Waldburg-Wolfegg, die Grafen Rechberg-Rothenlöwen, das Mitglied der Linken im Landtag Rudolph Probst sowie die Redner, darunter einige, die in den Wahlkämpfen zuvor schon als heimliche Zentrumskandidaten aufgetreten waren<sup>18</sup>.

Man verabschiedete mehrere Resolutionen. Man richtete sich gegen den allgemeinen Ansturm des Radikalismus gegen das Christentum, namentlich gegen die Umtriebe der Sozialdemokratie. Vehement wandte man sich auch gegen die Einschränkungen der katholischen Kirche in Württemberg. Man verbat sich jeden Angriff auf die geistliche Schulaufsicht und forderte, dass endlich Männerorden in Württemberg wieder zugelassen werden. Dazu kam noch eine entsprechende Forderung in Richtung Berlin nach Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Schon während des Katholikentages war den Beobachtern klar, wie der in Ehingen, unweit von Ulm, erschienene »Volksfreund für Oberschwaben« schrieb: *Die Tage von Ulm werden von den Katholiken Württembergs nicht so bald vergessen werden. [...] Überhaupt entwickelte sich im letzten Jahre allenthalben ein reges politisch soziales Leben und die verschiedenen Parteistandpunkte wurden durch mannigfache Erscheinungen zum Ausdruck gebracht*<sup>19</sup>. Nach einhelliger Meinung der Zeitgenossen hatte der Katholikentag das religiöse Bewusstsein der Katholiken geweckt. Er wirkte als Startschuss für unzählige Versammlungen, bei denen Petitionen zur Wiedezulassung der Jesuiten und von Männerorden generell beschlossen und Vereine gegründet wurden<sup>20</sup>.

## Gründung der württembergischen Zentrumspartei

Auch die Gründung einer württembergischen Zentrumspartei wurde nun energisch vorangetrieben. Trotzdem dauerte es noch fünf Jahre – fast eine Legislaturperiode –, bis Gröber mit seinen Bemühungen Erfolg hatte. 1893 verließen die ersten katholischen Abgeordneten die Fraktion der Linken. Im Mai 1894 beschloss eine Bezirksversammlung des »Volksvereins für das katholische Deutschland« im Ellwanger Reichstagswahlkreis die Bildung einer Zentrums-Fraktion im Landtag. Volksvereinsmitglieder und katholische Abgeordnete entwarfen ein Programm und wählten ein provisorisches Komitee. Am 17. Januar 1895, am Geburtstag des 1891 verstorbenen Zentrumsführers

1979. – Gotthard KLEIN, Der Volksverein für das katholische Deutschland. Geschichte, Bedeutung, Untergang, Paderborn 1996.

18 So übernahm z.B. Franz von Bagnato, der schon 1882 als heimlicher Zentrumskandidat im Oberamt Ehingen aufgetreten war, das Amt des Schriftführers (zur Kandidatur Volksfreund für Oberschwaben v. 21. Nov. 1882 u.ö.). Zu den Zentrumskandidaturen »avant la lettre« GAWATZ, Wahlkämpfe (wie Anm. 7), 101.

19 Volksfreund für Oberschwaben v. 30. Dez. 1890.

20 Über die Petitionen Staatsministerium an König 5./9. März 1892, HStAS, E 130a, Bü 432. Allgemein HStAS, E 130a, Bü 432/433. Z.B. auch Volksfreund für Oberschwaben v. 3. Dez. 1891 (Veröffentlichung der Anzahl der Unterzeichnenden nach Gemeinden. Fast alle wahlberechtigten katholischen Männer des Dekanats Ehingen hatten sich an der Unterschriftensammlung beteiligt).

Windthorst, fand schließlich die konstituierende Landesversammlung in Ravensburg statt<sup>21</sup>.

Der Rottenburger Bischof Wilhelm Reiser enthielt sich einer Äußerung. Die Parteigründung sei eine politische Sache, er lasse aber die besten Wünsche überbringen. Nochmals verteidigte man die Gründung als Akt der Selbstbehauptung und sah sich offenbar auf der Woge eines außergewöhnlichen Aufbruchs der katholischen Bevölkerung. So hieß es bedeutungsvoll in Ravensburg: *Wir sind nicht schuld, wenn es in Württemberg schließlich zu einem Zentrum gekommen ist; aber die neue Partei [...] ist auch offenbar zustande gekommen unter Mitwirkung von Umständen, auf welche menschliche Macht und menschliche Klugheit keinen Einfluss hatte*<sup>22</sup>.

Bei den folgenden Landtagswahlen 1895 zogen auf einen Schlag 18 Zentrumsabgeordnete von 70 vom Volk zu wählenden Vertretern in den Landtag ein. Damit hatte sich der politische Katholizismus in Württemberg vollständig formiert. Die Folgezeit war der Konsolidierung der Wahlerfolge gewidmet. Die Zentrumspartei entwickelte sich zu einer politischen Kraft, die – vielleicht gerade wegen ihrer späten Gründung – bis weit in die Spätphase der Weimarer Republik hinein über eine im Vergleich zu anderen deutschen Landesorganisationen außergewöhnliche Stabilität verfügte<sup>23</sup>.

### Ordens- und Schulfrage sowie Aufhebung des Sozialistengesetzes als mobilisierende Faktoren

Was war der Grund für diese so erfolgreiche Parteigründung? Zweifellos war die Schul- und Ordensfrage der Punkt, mit dem die katholische Bevölkerung am stärksten mobilisiert wurde. Diese Thematik bezog sich auf einen Kernbestandteil ausschließlich katholischer kultureller Identität. Damit eignete sie sich gut zur thematischen Überhöhung und Zuspitzung. Zudem waren die Einschränkungen der Katholiken respektive die Gefährdung des Bisherigen offensichtlich.

Im Zuge der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die Klöster in den neuwürttembergischen Landesteilen aufgehoben. Das Staatskirchengesetz von 1862 bestimmte in seinem Art. 15, dass geistliche Orden und Kongregationen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Staatsregierung gegründet werden durften. Eine etwaige Zustimmung war jederzeit widerruflich. Jesuitenorden konnten sogar nur per Gesetz, also nach Zustimmung des Parlaments, gestattet werden<sup>24</sup>. Die Ansiedlung von weibli-

21 DtVb v. 18. Jan. 1895.

22 Ebd.

23 Übersicht über die Wahlergebnisse im Kaiserreich bei C. GROSSE/C. RATH, Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871, Stuttgart 1912.

24 Gesetz, betreffend die Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche, vom 30. Januar 1862 (Regierungsblatt für das Königreich Württemberg 1862, 54ff.). Auch HUBER/HUBER, Staat und Kirche (wie Anm. 10), 195ff. Zur Frage der Ordenszulassung vgl. u.a. Hans LOBMILLER, Der Staat und das katholische Ordenswesen im Königreich Württemberg seit der Säkularisation bis zur Gegenwart. Ein aktuelles Stück Rottenburger Diözesengeschichte nach amtlichen Quellen dargestellt, Rottenburg am Neckar 1914. – HAGEN, Geschichte Bd. 2, 244–260. – Denkschrift über die Frage der Männerorden in Württemberg. Im Auftrage des Bischöflichen Ordinariats verfasst von Domkapitular Dr. v. LINSENMANN, Stuttgart 1892. – August WILLBURGER, Das Absterben und Wiederaufleben der Klöster in der Diözese Rottenburg, Nr. 1182 Deutsches Volksblatt 1928. – Rudolf REINHARDT, Die Bemühungen um Wiederzulassung der Benediktiner in Württemberg während des 19. Jahrhunderts, in: GermBen 5: Baden-Württemberg, hg. v. Franz

chen Kongregationen<sup>25</sup> war weniger problematisch. Sie wurden, wie beispielsweise die »Barmherzigen Schwestern« in Untermarchtal (Oberamt Ehingen), staatlich anerkannt. Manche, wurden weder zugelassen noch verboten, sondern geduldet wie die »Armen Schulschwestern von Unserer Lieben Frau« in Ravensburg. Teilweise versah man sie dabei mit Auflagen, beispielsweise durften sie keine neuen Mitglieder aufnehmen. Andere wiederum wurden ganz verboten.

Bei Männerorden zeigte sich der Staat kompromisslos. 1858 wurde der Versuch der Gründung einer Benediktinerkolonie im Schösschen Liebenau (Oberamt Tettngang) verboten. Einen Antrag des Bischofs Joseph Lipp 1864 auf Zulassung einer Ordensniederlassung auf dem Schönenberg bei Ellwangen/Jagst wurde abgelehnt. Das Gleiche geschah mit einem ähnlichen Antrag auf Wunsch des Fürsten von Waldburg-Zeil-Trauchburg, der für die Verwaltung seiner Kaplanei Rimpach, die zu seinem Patronat gehörte, zwei oder drei Priester des Kapuzinerordens einsetzen wollte. Die Ablehnung begründete man unter anderem damit, dass eine Ansiedlung von Kapuzinern nicht im Interesse des württembergischen Staates sein könne. Sie repräsentierten – so wurde argumentiert – die unterste Stufe des Ordenslebens, da sie von der Wohltätigkeit der Leute lebten. Auch die verschiedenen Anträge von Bischof Hefeke blieben ohne Erfolg<sup>26</sup>.

Als nach dem Ende des Kulturkampfes 1887 die Benediktiner nach zwölf Jahren wieder ins hohenzollerische Beuron zurückkehrten, erschien das Verhalten der württembergischen Regierung noch weniger haltbar. Nachdem ein erneutes Gesuch des Bischofs von der Staatsregierung abgelehnt worden war, wurde wie schon erwähnt der Ulmer Katholikentag zum Startschuss für eine breite Petitionsbewegung. Die Katholiken sammelten rund 89000 Unterschriften<sup>27</sup>.

Für »Wahrheit, Freiheit und Recht« war der Slogan der Zentrumsparterie auch in Württemberg. Das Recht auf freie Religionsausübung war eines der wichtigsten Grundrechte, und dazu gehörten nach seinem Verständnis auch freie Ordensgründungen. Gerade die Aufhebung der Ausnahmestimmungen gegen die Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes ließen die Beschränkungen als äußerst ungerecht erscheinen, zumal sich der Katholizismus als staatstragend verstand. Das prangerte Adolf Gröber 1890 an: Wenn die Sozialdemokratie einen Verein gründen wolle, könne sie das ohne weiteres tun. *Wenn sich aber ein Orden irgendwo eine Niederlassung gründen will, da muss man obrigkeitliche Genehmigung haben, denn die Leute könnten gar zu pflichtgetreu und fromm werden.* Er schloss mit dem Ausruf: *Ist das nicht die verkehrte Welt, wenn man die Guten schlecht und die Schlechten gut behandelt!* Und er erntete dafür einstimmiges Bravo<sup>28</sup>.

QUARTHAL, Augsburg 1975, 734–744. – Richard KALLEE, Die Entwicklung der Frauenkloester in Württemberg, 1864 bis 1910, und die mit ihrem Wachstum verbundene Ausbreitung des römisch-katholischen Ordenswesens, Heilbronn 1911. Vgl. auch Otto WEISS, Die Auferstehung der Klöster in Württemberg, in: Würt. Klosterbuch, 139–154.

25 Mit Kongregationen waren nach württembergischem Verständnis weibliche Orden gemeint. Allgemein unterscheidet sich die Kongregation vom Orden dadurch, dass in der Kongregation nur einfache Gelübde abgelegt werden. Es herrschen also Einschränkungen hinsichtlich der Dauer und des Vermögensverzichts. Wegen ihrer caritativen Tätigkeit wurden von Staatsseite generell Frauenkongregationen am ehesten akzeptiert. Vgl. Herders Konversations-Lexikon, Bd. 6, Freiburg i.Br. 31906, Sp. 927f. sowie Beilage »Religiöse Orden«.

26 Zu den einzelnen Vorgängen vgl. das Material in HStAS, E 130a, Bü 432f.

27 Die Gegenpetition auf protestantischer Seite brachte es auf rund 33.000 Unterschriften. Vgl. dazu Anm. 20.

28 Der Katholikentag von Ulm (wie Anm. 17), 59f.

## Durchbruch des politischen Massenmarktes – »populistischer Wandel«

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes weist auf einen weiteren Grund für die Formierung des politischen Katholizismus hin. Gerade wegen der erleichterten Bedingungen für die politische Arbeit der Sozialdemokraten sah man die Notwendigkeit, dem *Ansturm des politischen und religiösen Radikalismus* etwas entgegenzusetzen<sup>29</sup>. Offiziell richtete man sich zunächst vor allem gegen die Sozialdemokratie. Doch die Zielrichtung war nicht allein der Kampf gegen die Arbeiterpartei. Vielmehr hatte sich eine allgemeine parteipolitische Aufbruchstimmung breit gemacht. Man bemerkte allenthalben – wie der »Volksfreund für Oberschwaben« und viele andere schrieben – ein sehr *reges politisch soziales Leben*<sup>30</sup>. Die Parteienlandschaft in Württemberg insgesamt war seit Beginn der 90er Jahre in Bewegung geraten: Die Sozialdemokraten nutzten ihren neu gewonnenen Handlungsspielraum. Die demokratische Volkspartei startete eine Organisationsoffensive, auch in den katholischen Landesteilen. Die Deutsche Partei ihrerseits versuchte sich zu erneuern und ihr (national-)liberales Profil zu schärfen. Schließlich betrat, vorrangig im protestantisch-ländlichen Bereich, mit dem Bauernbund Mitte der 90er Jahre eine populistisch-konservative Bewegung die politische Arena. Bei dieser Neuformierung des Parteiensystems, mit allen ihren Begleiterscheinungen, wollte der Katholizismus das Feld nicht den politischen Gegnern überlassen, sondern selbst aktiv den Prozess gestalten und von ihm profitieren.

Dies weist auf den Themenkomplex hin, der eingangs mit dem Begriff des Durchbruchs des »politischen Massenmarktes« umschrieben wurde. Sowohl die Formierung des politischen Katholizismus als auch seine spezifischen Ausprägungen lassen sich nur verstehen, wenn sie im Zusammenhang mit diesem fundamentalen Umbruch gesehen werden. Dieser Prozess ist letztendlich vor allen anderen Motiven – insbesondere vor sozio-ökonomischen<sup>31</sup> – als der wesentliche Antrieb für die Gründung einer eigenständigen Zentrums Partei zu sehen. Gleiches gilt auch für Matthias Erzberger, der in dieser Phase, nämlich Mitte der 1890er Jahre, die politische Bühne betritt.

Ein wesentliches Spezifikum der politischen Auseinandersetzungen zu dieser Zeit wird durch den Begriff des »populistischen Wandels« umschrieben<sup>32</sup>. Damit meint man – der Begriff populistisch ist hier wertneutral zu verstehen – die Abkehr von den oben

29 DtVb v. 14. Juni 1894 B.

30 Volksfreund für Oberschwaben v. 30. Dez. 1890.

31 Eine andere Auffassung vertritt David BLACKBOURN, *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*, New Haven/London 1980, 62, 89ff. u.ö. Er führt die Formierung des württembergischen Zentrums auf die wirtschaftliche Unzufriedenheit der katholischen Bevölkerung zurück. Die wirtschaftliche Lage habe es im ausgehenden 19. Jahrhundert den Katholiken unmöglich gemacht, weiterhin die manchesterlich ausgegerichtete Volkspartei zu wählen, der sie ursprünglich wegen ihrer antipreußisch-kleindeutschen Haltung nahegestanden hätten. Von einer Dominanz wirtschaftspolitischer Themen kann bei den Gründungsversammlungen m.E. nicht die Rede sein. Ebenso ist die Vorstellung nicht haltbar, das Zentrum sei gleichsam als Abspaltung der Volkspartei respektive der Fraktion der Linken entstanden.

32 Zum Begriff Brett FAIRBAIRN, *Democracy in the Undemocratic State: The German Reichstag Elections of 1898 and 1903*, Toronto/Ontario 1996. – Sowie James RETALLACK, *Demagoguement, Populismus, Volkstümlichkeit. Überlegungen zur »Popularitätshascherei« auf dem politischen Massenmarkt des Kaiserreichs*, in: ZfG Bd. 48, 309–325. Zum Vergleich der folgenden Ausführungen mit der allgemeinen württembergischen und reichsweiten Entwicklung vgl. GAWATZ, *Wahlkämpfe* (wie Anm. 7), 173–227.

umrissenen honoratiorenpolitischen Mustern der Politik und die Zuwendung zur anti-elitären Massenagitation. Der Grund für diesen Wandel liegt in der Aufwertung von Wahlen, Wahlkämpfen und somit auch in der Aufwertung des einzelnen Wählers. Die politischen Parteien und Bewegungen kümmerten sich mehr um ihre potenziellen Anhänger. Dieser Prozess wurde am deutlichsten von der Sozialdemokratie vorangetrieben, doch keiner konnte sich dieser Entwicklung entziehen. Dabei entwickelten die Handlungen der Akteure eine wechselseitige Dynamik. Die gestiegene Konkurrenzsituation zwang jeden dazu, sich den Bedingungen des politischen Massenmarktes anzupassen.

## Versammlungsrekorde und Konfliktbereitschaft

Dieser »populistische Wandel« zeigte sich deutlich an der Wahlagitation. Bei den Reichstagswahlen 1890 konnte es sich der Zentrumsabgeordnete Heinrich Graf Adelman von Adelmansfelden noch erlauben, gar keine Wahlversammlungen abzuhalten. Er wurde trotzdem im 13., d.h. dem Ellwanger Reichstagswahlkreis, mit fast 90 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt<sup>33</sup>. Ganz anders dagegen die »junge«, die neue Zentrums- generation mit Adolf Gröber, Joseph Eckard oder Johannes Baptist Kiene. Sie suchten unermüdet nach Gespräch mit den Menschen. Sie hielten Versammlungen ab und scheuten den Konflikt mit dem politischen Gegner nicht.

Gerade über die Versammlungen fand der junge Matthias Erzberger seinen Weg in die Politik. Schon zur Zeit der Gründung des Zentrums – er war gerade 19 Jahre alt – besuchte er häufig politische Versammlungen. Mit besonderer Vorliebe solche der Liberalen und Sozialdemokraten. Angeblich lieferte er sich auf einer dieser Versammlungen schon ein Redegefecht mit dem erfahrenen Parteiführer der Demokraten, Conrad Haußmann. Anscheinend machte er seine Sache nicht ganz schlecht. Erzberger hatte schon einiges Aufsehen erregt, als der politische Schriftleiter des »Deutschen Volksblattes«, Eckard, in einer Versammlung auf ihn aufmerksam wurde und ihn als Mitarbeiter gewann<sup>34</sup>.

Als Vereinsfunktionär und Wahlkampfhelfer gehörte es nun zu seinen Aufgaben, Versammlungen zu besuchen und abzuhalten. Vor allem beim Landtagswahlkampf 1900 schickte man ihn in Rottweil und Spaichingen den dortigen Kandidaten als Unterstützung<sup>35</sup>. 1903 wollte im 16. württembergischen Wahlkreis der damalige Reichstagsabgeordnete Gebhard Braun aus gesundheitlichen Gründen nicht kandidieren. Man suchte nach einem Nachfolger. Mehrere Kandidaten, darunter Erbgraf von Waldburg-Wolfegg-Wurzach, wurden ins Gespräch gebracht, lehnten jedoch ab. Als man nach längerer Suche auf die Idee kam, den Stuttgarter Redakteur Erzberger aufzustellen, war man in Biberach sehr erleichtert. Man hatte einen Kandidaten gefunden, der schon durch Vorträge im Wahlkreis als tüchtiger und schlagfertiger Redner bekannt war<sup>36</sup>. Wie es dem inzwischen etablierten Agitationsstil entsprach, begann Erzberger, nachdem der Auf-

33 DtVb v. 16. Febr. 1890.

34 EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 23. – BAUER, Erzberger (wie Anm. 3), 16.

35 Vgl. die Wahlkampfberichterstattung in: DtVb v. 13. Okt. 1900 II; 26. Okt. 1900; 3. Nov. 1900 II u.ö. So auch Anzeiger vom Oberland v. 1. April 1903.

36 Anz. v. Oberland v. 21. Febr. 1903 (Ablehnung der Wiederkandidatur durch Braun); 21. März 1903; 26. März 1903 (Vergebliche Suche nach anderen Kandidaten), 1. April 1903 (Aufstellung Erzbergers).

sichtsrat des »Deutschen Volksblattes« grünes Licht gegeben hatte, auch gleich mit seinen Wahlreisen. Er warb mit seinem »kräftigen Organ« – wie die Lokalpresse anerkennend bemerkte<sup>37</sup> – auch in den kleinen Landgemeinden für seine Sache. Erzberger gehörte sicher unter den Zentrumsleuten zu den Eifrigsten, und dennoch entspricht seine Art, Wahlkampf zu führen dem neuen Stil. In dem Wahlkreis, in dem wohlgermerkt das Mandat vollkommen sicher in Zentrumshand war, hielt Erzberger 36 Wahlversammlungen. Allein am Pfingstmontag sollen es sechs Versammlungen gewesen sein<sup>38</sup>. Entsprechend seiner Freude an der politischen Auseinandersetzung wurde in den Versammlungsannoncen freie Diskussion ausdrücklich zugesichert<sup>39</sup>. Allerdings nahm die Abschlussveranstaltung in Biberach ein fast tumultuarisches Ende, als der Sozialdemokrat Göhring nach einem – so die Ortspresse – einstündigen Gegenreferat nicht zu reden aufhören wollte<sup>40</sup>. Während der dreieinhalb Jahre bis zur nächsten Reichtagswahl erstattete Erzberger, der nach seiner Wahl ganz nach Berlin übersiedelte, in seinem Wahlkreis 35 Mal Bericht<sup>41</sup>.

### Ausbau der publizistischen Präsenz

Die Ausweitung der Versammlungstätigkeit war nur ein Teilaspekt der konsequenten Ausnutzung der Öffentlichkeitsressourcen. Auch die Pressearbeit gewann an Bedeutung. Kennzeichnend für die Zeit des Übergangs zum politischen Massenmarkt ist die quantitative Ausweitung des publizierten Materials. Gleichzeitig gestaltete man das Agitationsmaterial vielfältiger und adressatenbezogener.

Jede politische Richtung baute ihren publizistischen Rückhalt aus und gleichzeitig sank auch die Anzahl der Blätter, die sich parteilos gaben. Teils durch Aufkäufe, teils durch Neugründungen, teils auch durch informelle Selbstverpflichtungen schaffte es das Zentrum in Württemberg, über die zahlreichste und eine zudem sehr straff organisierte Presse in Württemberg zu verfügen<sup>42</sup>. Schon 1890 bezeichnete es der Saulgauer Stadtpfarrer und Reichstagsabgeordnete Johannes Göser auf dem Katholikentag als *charakterlos, wenn die Katholiken, welche nicht durch geschäftliche Rücksichten gezwungen sind, Zeitungen von anderer als katholischer Richtung halten, ein Fehler in den unsere Gegner sicherlich nicht verfallen*<sup>43</sup>.

Auch auf diesem neuen Zweig wurde Erzberger tätig. Die Arbeit als politischer Journalist und Schriftsteller war seine Haupttätigkeit. Die Erträge aus dieser publizistischen Arbeit erlaubten ihm sogar, sich ganz seiner politischen Arbeit zu widmen. Wie der Sozialdemokrat Wilhelm Keil für die »Schwäbische Tagwacht«, so berichtete Erzberger aus dem württembergischen Landtag. Als die Parteien dazu übergingen, die parteipolitische Tagespresse durch zahlreiche Broschüren, Wegweiser, ABC-Handbücher, Rechtfertigungsschriften zu ergänzen, war auch das Zentrum dabei. So veröffentlichte Eckard 1900 eine Schrift über die Arbeit der Landtagsfraktion. Ähnliches gab Erzberger

37 Anz. v. Oberland v. 19. Mai 1903.

38 Anz. v. Oberland v. 28. Mai 1903; 15. Juni 1903. – DtVb v. 4. Juni 1903 I; 16. Juni 1903 I.

39 Anz. v. Oberland v. 7. Mai 1903.

40 Anz. v. Oberland v. 15. Juni 1903. – DtVb v. 16. Juni 1903 I.

41 Anz. v. Oberland v. Nov. Jan. 1907.

42 Otto GROTH, Die politische Presse Württembergs, Stuttgart 1915, 84.

43 Volksfreund für Oberschwaben v. 25. Nov. 1890.

für den Reichstag 1907 heraus<sup>44</sup>. Bereits zu dieser Zeit konnte Erzberger auf ein umfangreiches Schrifttum zurückblicken, denn schon in den 90er Jahren hatte er – so sein Biograph Epstein etwas überspitzt – seine »Karriere als einer der unermüdetsten Pamphletisten Deutschlands« begonnen<sup>45</sup>. Neben den politischen Streitschriften verfasste er auch akribisch recherchierte, wissenschaftliche Abhandlungen, die natürlich auch ihren politischen Zweck erfüllen sollten<sup>46</sup>.

## Mobilisierung und Einbindung der katholischen Bevölkerung durch Vereine

Überlebensnotwendig auf dem politischen Massenmarkt war auch die Organisation der politischen Anhänger. Organisation mobilisiert und Organisation bindet langfristig. Mit der Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland begann in Württemberg, das in den vorangegangenen Jahren deutlich hinter anderen Bundesstaaten zurückgeblieben war, ein enormer Aufschwung des katholischen Vereinswesens<sup>47</sup>.

Das katholische Vereinswesen wurde – trotz einer eigenständigen, aber rudimentären Parteiorganisation – die eigentliche organisatorische Basis des Zentrums. Unumstritten ist darüber hinaus der Beitrag des katholischen Vereinswesens zur Schaffung eines katholischen Zusammengehörigkeitsgefühls, ohne das die Wahlerfolge des Zentrums nicht denkbar gewesen wären. Außerdem war in Wahlzeiten die politische Agitation für das Zentrum schlicht eine Selbstverständlichkeit<sup>48</sup>. Nimmt man nur die Mitglieder des Volksvereins als organisatorische Basis des politischen Katholizismus an, so ergibt sich für die Zentrumspartei ein Organisationsgrad von 20 Prozent, der um die Jahrhundertwende auf 30 und schließlich 1912 auf über 40 Prozent anstieg<sup>49</sup>. Der politische Katholizismus in Württemberg kann so ohne weiteres mit der am besten organisierten Partei im Kaiserreich, der Sozialdemokratie, verglichen werden.

Die enge Verbindung von katholischem Vereinswesen und Zentrumspartei zeigt sich schon allein an den personellen Verbindungen. So stand Adolf Gröber an der Spitze des Volksvereins und zugleich der Partei. Die Parteigründung wurde innerhalb des katholischen Vereinswesens vorbereitet, und die Zeitgenossen sahen die Gründung einer eigenständigen Zentrumspartei als logische Konsequenz der erfolgreichen Volksvereinsbewegung. So argumentierte man auch 1895 auf der konstituierenden Landesversammlung: *Was hätte uns der Volksverein für das katholische Deutschland mit seiner segensreichen Wirksamkeit schließlich genützt, wenn wir auf politischem Gebiete unsere katholischen Männer hätten auseinander laufen lassen. [...] hier hätten uns durch diese*

44 Joseph ECKARD, Die württembergische Zentrums-Fraktion auf dem Landtag 1895–1900, Stuttgart 1900. – Matthias ERZBERGER, Die Zentrums politik im Reichstage mit besonderer Berücksichtigung der Kolonialpolitik. Eine Übersicht über die Tätigkeit der Zentrumsfraktion in der 11. Legislatur-Periode vom 3. Dezember 1903 bis 13. Dezember 1906, Berlin 1907.

45 EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 26.

46 So z.B. Matthias ERZBERGER, Die Säkularisation in Württemberg von 1802–1810. Ihr Verlauf und ihre Nachwirkungen, Stuttgart 1902, ND Aalen 1974. Eine Sichtung des Schrifttums Erzbergers unternimmt LEITZBACH, Erzberger (wie Anm. 3).

47 HALDER, Katholische Vereine (wie Anm. 17), 245.

48 Die Einschätzung von HALDER, Katholische Vereine (wie Anm. 17), 399, der katholischen Vereine als »seelsorgerische Instrumente mit religiösem Hauptzweck« greift zu kurz.

49 Die Mitgliedszahlen beziehen sich auf HEITZER, Volksverein (wie Anm. 17), 313–315.

*Hintertüre andere das weggestohlen, was wir vorne mit redlicher Mühe sammelten*<sup>50</sup>. Dem Stellenwert des Vereinswesens für die politische Arbeit entsprach, dass Matthias Erzberger lange vor seinem ersten Parlamentsmandat als katholischer Vereinsfunktionär tätig war.

Gerade bei Erzbergers Engagement im Vereinswesen kommt neben der organisatorischen Ausweitung ein weiterer Aspekt des »populistischen Wandels« zum Ausdruck. Man beschränkte sich nicht auf rein politische oder religiöse Fragen, sondern öffnete sich den sozioökonomischen Problemen, die der Wandel hin zur Industriegesellschaft mit sich brachte. Politik, das war die zentrale Erkenntnis auch des politischen Katholizismus, musste die Probleme der Menschen ernst nehmen, und politische Arbeit musste ein Stück konkrete Lebenshilfe bringen. Während sich Adolf Gröber vorrangig um die politischen Probleme kümmerte, war die soziale Seite des Vereinswesens Sache von Joseph Eckard, dem Ziehvater von Joseph Andre und eben Matthias Erzberger.

Erzberger kümmerte sich neben seiner journalistischen Tätigkeit um die Belange der kleinen Leute: als Handwerkeranwalt, dann als Bauern- und schließlich Arbeitersekretär. Er hielt Vorträge, beriet in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen, regte Organisationen an oder unterstützte diese, wie den Schwäbischen Handwerkerbund oder die christlichen Gewerkschaften. Als seine Kandidatur 1903 bekannt gegeben wurde, meldete das Ortsblatt, dass man in Handwerkerkreisen geradezu *entzückt* sei über diese Kandidatur<sup>51</sup>. Erzberger selbst bildete sich an der katholischen Universität in Freiburg (Schweiz) durch den Besuch volkswirtschaftlicher Vorlesungen fort<sup>52</sup>.

Man nahm die wirtschaftlichen Probleme der Menschen ernst. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des Zentrums lehnten dabei den modernen Klassenkampf, die *modernheidnische*<sup>53</sup> Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer ab. Man plädierte für die Auffassung der Wirtschaftsbeziehungen als ein *sittliches* Verhältnis und orientierte sich dabei an den berufsständischen Leitbildern der vorindustriellen Gesellschaft.

### »Fairness Issues« – Konfession als Wahlkampfschlager

Mit der Veränderung des Parteiensystems in Württemberg hatte sich auch die politische Thematik verändert. Mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie stieg die Bedeutung der Arbeiterinteressen. Die protestantischen Bauern bekamen im Bauernbund, dem württembergischen Ableger des Bundes der Landwirte (BdL), in den 90er Jahren ihr Sprachrohr, das vor allem die Einführung von Schutzzöllen forderte. Das Zentrum sorgte inzwischen kräftig für die Artikulation der Interessen des katholischen Bevölkerungsteils. Die politische Konfliktlinie zwischen den sozial inhomogenen alten politischen Kräften, Deutscher Partei und Volkspartei, wurde also durch die Konfliktlinien ergänzt, die durch die Formierung reichsweiter Sozialgruppen entstanden waren.

Mit den Schlagworten »Ökonomisierung« und »Konfessionalisierung« charakterisierten schon die Zeitgenossen den Übergang zu Interessenwahlkämpfen. Und die liberalen Parteien, die bei dieser Entwicklung unter die Räder zu kommen drohten, wurden nicht müde diesen Wandel anzuprangern.

50 DtVb v. 18. Jan. 1895.

51 Anz. v. Oberland v. 7. Mai 1903.

52 ESCHENBURG, Erzberger (wie Anm. 3), 11ff.

53 DtVb v. 20. April 1893 B.

Das württembergische Zentrum stellte zwar stets auch sein sozialpolitisches Engagement in den Vordergrund. Dennoch waren es die konfessionellen Themen, die die größte Bedeutung und die stärkste Zugkraft hatten. Die Zentrumsführer konnten noch so vehement den Vorwurf der Konfessionalität von sich weisen und betonen, das Zentrum sei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei. Im gleichen Atemzug waren aber auch sie wieder bei der Konfession angekommen. Auch Erzberger, der sich selbst als Experte in den »profanen« Bereichen der Reichspolitik ausgewiesen hatte, betonte selbst immer wieder die Universalität der religiösen, d.h. natürlich der konfessionellen Fragen. So schrieb er 1912: *Die Religion steht im Mittelpunkt der Politik; [...] Die Religion ist die Sonne und der Wegweiser auch in der Politik; nicht in rein religiösen Fragen, auch in Wirtschaftssachen (Sonntagsruhe, Wucher), auch in Rechtsfragen (freier Wille oder nicht), auch in Steuerfragen (Belastung der einzelnen Volksschichten)*<sup>54</sup>. Die Konfession blieb Dreh- und Angelpunkt des Selbstverständnisses des Zentrums und seiner Führer sowie zentrales Mobilisierungsmittel im Wahlkampf. Die Konfession unterschied Zentrumsanhänger von allen anderen, und die Konfession war es auch, die die Zentrumsanhänger über alle Sonderinteressen hinweg miteinander verband.

Mit der Forderung nach Gleichberechtigung, nach wahrer »fairness« für ihre Sozialgruppe stand das Zentrum nicht alleine. Denn »fairness issues«, d.h. die Thematisierung ökonomischer, sozialer und politischer Gleichberechtigung waren die Wahlkampfthemen auf dem politischen Massenmarkt<sup>55</sup>. Der zentrale Kampfbegriff, unter dem die Zentrumspolitiker antraten, war der der Parität. Mit diesem Begriff konnte Gleichberechtigung in den verschiedensten Bereichen eingefordert werden, von der staatlichen Mittelverteilung bis hin zur strikten Einhaltung der konfessionellen Parität bei der Stellenvermittlung. Erzberger selbst hat hier als Kolumnist einen wesentlichen Beitrag geleistet und in seinen »Beiträgen zur Parität in Württemberg« in der Reihe »Politische Zeitfragen« minutiös wirkliche oder vermeintliche Imparitäten zu Tage gefördert<sup>56</sup>.

In der Landespolitik waren es aber die Frage der Mönchsorden und die der Schulorganisation, die ganz oben auf der politischen Agenda standen. Entsprechend brachte die neue Zentrumsfraktion 1895 die Ordensfrage gleich in die Debatte ein. Das Zentrum erreichte jedoch in der Zeit des Kaiserreiches weder die Zulassung der Männerorden noch konnte es eine – wenn auch sehr moderate – Beschneidung der geistlichen Schulaufsicht verhindern<sup>57</sup>.

Vielmehr brachte es um die Jahrhundertwende das zu zwei Dritteln protestantische Württemberg fast gänzlich gegen sich auf. Denn Gröber versuchte durch die Blockade der schon seit langem – auch von der Zentrumsparlei – angestrebten Verfassungsreform die Zulassung der Mönchsorden zu erzwingen. Das Gröbersche Junktim von Verfassungsfrage und Wiedenzulassung von Männerorden sowie die intransigente Haltung des

54 Volksfreund für Oberschwaben v. 8. Jan. 1912.

55 FAIRBAIRN, Democracy (wie Anm. 32), 45–51, 64 u.ö.

56 M[atthias] ERZBERGER, Beiträge zur Parität in Württemberg, Stuttgart, in: Politische Zeitfragen 7, 1903.

57 Vgl. dazu neben der allgemeinen Literatur MARTIN EPPLÉ, Der katholische Lehrerverein Württembergs 1890–1925. Festschrift zum 60jährigen Jubiläum des Vereins, Horb 1925. – ERNST SCHÜTZ, Die württembergische Volksschule. Kurze Geschichte und Übersicht über die geltenden Gesetze und Verordnungen, Stuttgart 1914. – LUDWIG BAUR, Die Entwicklung der Schulfrage in der Diözese Rottenburg, Nr. 1182 Deutsches Volksblatt 1928, 3f. – WERNER KATEIN, Das Verhältnis von Staat, Kirche und Volksschule im Königreich Württemberg, in: ZWL 15, 1956, 53–117, sowie als Überblick Gerd FRIEDERICH, Die Volksschule in Württemberg im 19. Jahrhundert, Weinheim 1978.

Zentrums in der Schulfrage führte zwar zur Stabilisierung der eigenen Wahlerfolge, isolierte die Partei aber für einige Zeit auf landespolitischer Ebene. Verfassungs- wie Schulreform wurden nach langen Kämpfen in einer negativen Koalition des protestantischen Württembergs gegen die Stimmen des Zentrums durchgesetzt<sup>58</sup>. Ohne weiter in die Details zu gehen, bleibt festzuhalten, dass die konfessionelle Konfliktlinie seit Formierung des politischen Katholizismus als ständiges Thema in der politischen Auseinandersetzung etabliert worden war.

## Veränderungen des politischen Stils

Nicht nur die Wahlkampfthematik, sondern auch der politische Stil hatten sich beim Übergang zum politischen Massenmarkt verändert. Wahlkampfthemen wurden immer mehr als Slogans präsentiert und auf einfache Fragen reduziert. *Raus mit der Farb!*<sup>59</sup> hieß es auf den Versammlungen, und auf die einfachen Gretchenfragen musste mit Zustimmung oder Ablehnung geantwortet werden: Männerorden ja oder nein! Aufhebung des Jesuitengesetzes ja oder nein! Konfessionelle Gleichberechtigung (mit allem was dazugehört) ja oder nein! Auch Erzberger war begabt, bei aller Detailverliebtheit, den Gegner auf diese letzte dichotome Entscheidungsoption festzunageln.

Die Vereinfachung politischer Programminhalte und ihre dezisionistische Präsentation waren deswegen Errungenschaften des politischen Massenmarktes, weil sie sowohl die Vermittelbarkeit von Inhalten als auch die Mobilisierung der Anhängerschaft förderten. Mobilisierung wurde ebenfalls dadurch erreicht, dass die Programminhalte symbolisch aufgeladen wurden. So wurde der Kampf nicht um die geistliche Schulaufsicht, sondern letztlich um etwas weitaus Größeres geführt. Entsprechend äußerte sich das »Deutsche Volksblatt« bei den Landtagswahlen 1912 zur Frage der Konfessionsschulen: *Zu zahlreich sind die Zeichen, als dass ein Kundiger auch nur einen Augenblick im Zweifel sein könnte, dass der Christusglaube auf das schwerste bedroht ist. Schauen wir uns doch nur um uns. Überall sehen wird den Liberalismus im traulichen Bunde mit*

58 Die württembergische Verfassungsreform war eines der großen landespolitischen Themen der Zeit. Durch eine Änderung der Verfassungsurkunde sollte das Parlament den Anforderungen eines modernen Konstitutionalismus gerecht werden. Im Kern ging es darum, die privilegierten Vertreter des ritterschaftlichen Adels, der Universität und der Kirchen in der Zweiten Kammer durch gewählte Volksvertreter zu ersetzen. Auch das Zentrum hatte die Reform mit sehr fortschrittlichen Forderungen unterstützt. Als nun die Fraktionen sich 1898 weitgehend auf einen Reformvorschlag geeinigt hatten, machte Adolf Gröber zur allgemeinen Überraschung die Zustimmung des Zentrums von kirchenpolitischen Zugeständnissen insbesondere in der Ordensfrage abhängig. Durch dieses Manöver brachte er das Reformprojekt zunächst zum Scheitern, ohne in der kirchenpolitischen Frage einen Fortschritt erzielt zu haben. In der Schulpolitik wehrte sich das Zentrum im Einklang mit der Kirche gegen jede Beschneidung der geistlichen Schulaufsicht. Die übrigen Parteien und sogar ein Großteil der katholischen Lehrerschaft befürworteten jedoch die Stärkung der fachmännischen, also von Pädagogen ausgeübten Aufsicht. Zur Verfassungsreform Rosemarie MENZINGER, Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, Stuttgart 1969; zur Konfessionalisierung der Landespolitik allgemein GAWATZ, Wahlkämpfe (wie Anm. 7), 249–258.

59 DtVb v. 15. Juni 1893. Aufforderungen in Ellwangen/Jagst an den katholischen »nationalen« Kandidaten Julius Mayer, der sich in der Frage der Wiederezulassung der Jesuiten im Reich ausgeschwiegen hatte.

der Umsturzpartei geschäftig an der Arbeit, die Religion aus den Schulen zu verbannen, jeden geistlichen Einfluss auf sie zu beseitigen, um so dem Unglauben die Wege zu ebnen. [...] Für uns gibt es nur die eine Wahlparole, der sich alles andere unterordnen muss: *Hie Christ, hie Antichrist!*<sup>60</sup>

Die Hitze der Auseinandersetzung konnte dabei leicht in Feindschaft umschlagen. Eines der vielen Beispiele dafür ist der häufige Einsatz der Kriegsmetapher, die auch der streitbare Bischof Wilhelm Keppler bei einer Firmungsreise in Mergentheim bemühte: *Der ungeheure Geisterkampf zwischen Glauben und Unglauben, der Kampf zwischen Kirche und allen von Natur kirchenfeindlichen Mächten, er hat sich [...] um vieles schärfer und kritischer gestaltet. [...] Einzutreten für Kirche und Glauben, die katholische Sache zu unterstützen in Kirche und Leben und Familie, in Presse und in Wahlen, das ist heutzutage Mannespflicht. Denn in Kriegszeiten wird erfordert, dass jeder treu zu seiner Fahne halte, und der, welcher das in solcher Zeit nicht tut, der ist ein Feigling und ein Verräter*<sup>61</sup>.

## Katholische Milieubildung

Die Formierung des politischen Katholizismus und seine Etablierung unter den Bedingungen des politischen Massenmarktes haben letztlich das katholische Milieu in Württemberg zusammengeschweißt. Einiges spricht dafür, dass es überhaupt in seiner politischen Wirksamkeit erst in dieser Zeit entstanden ist. Die Katholiken bildeten nun eine kohärente politisch-soziale Gruppe, deren Mitglieder in vielfältiger Weise miteinander verbunden waren: durch eine gemeinsame Lebenswelt, durch Vereins- und Parteiorganisation, durch gemeinsame Interessen und Werte, gemeinsame kulturelle Deutungsmuster und schließlich politische Überzeugungen<sup>62</sup>.

Es war ein Milieu, das sich seinem Selbstverständnis nach behaupten musste: gegen die modernen heidnischen Strömungen, gegen die Arroganz der altwürttembergischen Protestanten, die das Beten des Rosenkranzes als *sinnloses Plärren* abtaten, von Oberschwaben als dem *KWDE*, dem Königlich württembergisch dunklen Erdteil, sprachen<sup>63</sup>

60 DtVb v. 28. Aug. 1911.

61 Anz. v. Oberland v. 3. Juni 1903; zu der sich anschließenden Debatte im Landtag vgl. Verhandlungen der Württembergischen Kammer der Abgeordneten 1901/1903 Prot. Bd. 7 (Sitzung v. 9. Juni 1903). – DtVb v. 15. Juni 1903 I; 17. Juni 1903 II u.ö.

62 Zum Milieubegriff M. Rainer LEPSIUS, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschafts-Geschichte*, hg. v. Wilhelm ABEL, Kurt BORCHARDT, Hermann KELLENBENZ, Wolfgang ZORN, Stuttgart 1966, 371–393. – Für eine zeitliche Verortung der Milieubildungsprozesse weit nach der Reichsgründung plädieren Peter LÖSCHE/Franz WALTER, *Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts*, in: *GuG* 26, 2000, 471–492. – Franz WALTER, *Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion*, in: *GWU* 46, 1995, 479–493. – Karl ROHE, *Politische Kultur – politische Milieus: Zur Anwendung neuerer theoretischer Konzepte in einer modernen Landesgeschichte*, in: *Sachsen im Kaiserreich*, hg. v. Simone LÄSSIG u. Karl Heinrich POHL, Dresden 1997, 177–190, 186f., unterscheidet zwischen sozialem beziehungsweise sozialmoralischem und politischem Milieu und geht somit von der Möglichkeit der »vorpolitischen« Milieubildung aus.

63 DtVb v. 26. März 1898 II.

und die Katholiken *belähren* wollten, wie Gröber einmal zur allgemeinen Belustigung mit betont Stuttgarter Akzent meinte<sup>64</sup>.

Als Gruppe der Katholiken verteidigte man seine kulturelle, seine konfessionelle Identität. Man stand zu seiner Tradition, man stand zu seiner Region, und manchmal wurde aus einer ökonomischen eine konfessionelle Frage, etwa wenn es um die Besteuerung von Weißbier ging, da die protestantischen Gegenden eher Weingegenden waren. Man war sich einig im Ideal einer harmonischen Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft, die versuchte die Interessen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen auszugleichen. Das hieß allerdings, dass man häufig ein idealisiertes vorindustriell-ständisches Wirtschaftsbild pflegte. Man war stolz auf die Parteiführer, denen man ergriffen lauschte. Man war stolz auf *unseren Gröber*, auf *unseren Redakteur Erzberger* und hielt ihnen auch unter schweren Angriffen die Treue. Als 1906 der Reichstag nicht zuletzt wegen der von Matthias Erzberger aufgedeckten Kolonialskandale aufgelöst wurde und sich der Wahlkampf für die so genannten »Hottentottenwahlen« gegen Zentrum und Sozialdemokraten gleichermaßen richtete, stieg der Anteil der Zentrumswähler, anstatt zu sinken<sup>65</sup>. Als die »Münchner Allgemeine Zeitung« das überwältigende Wahlergebnis, das der Buhmann Erzberger in seinem eigenen Wahlkreis erreichte, *demonstrative Mache* nannte, erklärte sich das »Deutsche Volksblatt« mit diesem Ausdruck vollkommen einverstanden<sup>66</sup>.

Einig war man sich auch in der Treue zur Kirche und zu deren Führern. Und entsprechend unbarmherzig war man, wenn jemand den Mythos der Geschlossenheit störte, und qualifizierte abweichende Meinungen schnell als »Verrat« ab. Die »Milieumanager« sorgten dafür, dass das Milieu in sich geschlossen blieb und die »Schäfchen« auch entsprechend zur Wahl gingen. Auch Erzberger zog übers Land, um in Vorträgen den Menschen, die – so eine gängige Formulierung – *Wahlpflicht des ka-*

64 DtVb v. 18. Jan. 1895; zur kulturellen Überformung des katholischen Milieus mit Einzelbelegen GAWATZ, Wahlkämpfe (wie Anm. 7), 296–300.

65 1906 wurde vom Reichstag der Nachtragsetat für die Niederschlagung des Aufstandes der Hereros und der Nama (Hottentotten) in Südwestafrika durch die deutschen Kolonialtruppen abgelehnt. Im darauf folgenden Reichstagswahlkampf sahen sich Zentrum und Sozialdemokraten gegen die im so genannten »Bülów-Block« vereinten Konservativen und Liberalen gegenüber. Matthias Erzberger, der in der vorangegangenen Diskussion die Kolonialverwaltung scharf kritisiert hatte, war ein vorrangiges Angriffsziel des von der Regierung unterstützten Wahlkampfes des »Bülów-Blocks«. Bei diesem Wahlkampf verteidigte er an den verschiedensten Orten des Deutschen Reiches seine Position. Die Ausgrenzung des Zentrums durch die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf bewirkte jedoch nur eine weitere Mobilisierung des katholischen Bevölkerungsteils. Das Zentrum konnte insgesamt nach Stimmen und Mandaten zulegen. Matthias Erzberger steigerte 1907 sein Ergebnis im Biberacher Wahlkreis um über 3000 Stimmen, das entsprach einem Zuwachs von knapp 19 Prozent. Zur Reichstagswahl 1907 u.a. George Dunlap CROTHERS, *The German Elections of 1907*, New York 1941. Zu den Wahlergebnissen Jürgen SCHMÄDEKE, *Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland*. Erster Band: *Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912: Eine historisch-statistische Untersuchung*, Berlin 1995. Zu Erzbergers eingeschränktem Wahlkampf in seinem heimischen Wahlkreis Anz. v. Oberland v. 11. Jan. 1907. Vgl. auch Matthias ERZBERGER, *Die Zentrumspolitik im Reichstage mit besonderer Berücksichtigung der Kolonialpolitik. Eine Übersicht über die Tätigkeit der Zentrumsfraktion in der 11. Legislaturperiode vom 3. Dezember 1903 bis 13. Dezember 1906*, Berlin 1907; oder Matthias ERZBERGER, *Die Kolonialbilanz. Bilder aus der deutschen Kolonialpolitik auf Grund der Verhandlungen des Reichstags im Sessionsabschnitt 1905/06*, Berlin 1906.

66 DtVb v. 31. Jan. 1907 I.

*tholischen Mannes einzuschärfen*<sup>67</sup>. Die Wahl eines Zentrums kandidaten am Ende des Kaiserreichs war nicht eine Frage des Mandatserwerbs. Der Angehörige dieses Milieus ging zur Wahl, auch wenn das Mandat schon sicher dem Zentrum gehörte, um massenhaft mit seinem Stimmzettel die Zugehörigkeit zu seinem Milieu zu bekennen<sup>68</sup>.

## Resümee

Matthias Erzberger, der in der Aufbruchphase des politischen Katholizismus seinen Weg in die Politik gefunden hat, passt gut in dieses Bild. In der Diaspora geboren, erhält er – nach kurzem Aufenthalt in der protestantischen Volksschule in Buttenhausen – in der katholischen Volksschule in Bichishausen und später im Lehrerseminar in Saulgau eine katholisch geprägte Bildung und Erziehung. Er wird von der allgemeinen Aufbruchstimmung der 1890er Jahre und insbesondere der des württembergischen Katholizismus mitgerissen. Früh gibt er seinen Lehrerberuf auf, geht in die Politik und wird zu einem der jungen, modernen Vertreter der Zentrumspartei. Erzberger gehört nicht zu den Honoratioren, geschweige denn den alten, meist adligen Zentrumsvertretern. Er, der aus einfachen Verhältnissen stammt, stürzt sich in das neu aufgebaute Vereinswesen und entwickelt sich – so Theodor Eschenburg – zum »Tribun des kleinen Mannes«<sup>69</sup>, ohne dabei zum Klassenkämpfer zu werden. Er stellt sich dem politischen Kampf, ist rührig in der Agitation, scheut weder Diskussion noch offene Konfrontation, gerade auch dann nicht, wenn er wie 1907 reichsweit in die Schusslinie der öffentlichen Kritik gerät. Wie es ihm die Bedingungen auf dem politischen Massenmarkt nahe legen, sucht er Außenwirkung, spitzt zu, polarisiert und ist manchmal rechthaberisch. Dabei nutzt er alle modernen, alle demokratischen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen: Versammlungen, das Parlament und natürlich die Presse. Mit persönlichem Ehrgeiz und leidenschaftlicher Hingabe widmet er sich der Politik. Er ähnelt in manchem einem Sozialdemokraten: als früherer Berufspolitiker, der für und von der Politik lebt, als Verbandsfunktionär und politischer Journalist. Matthias Erzberger war so Produkt und typischer Repräsentant des Katholizismus auf dem modernen politischen Massenmarkt.

67 DtVb v. 3. Nov. 1900 II.

68 Vgl. Stanley SUVAL, *Electoral Politics in Wilhelmine Germany*, Chapel Hill/London 1985, 21ff.

69 ESCHENBURG, Erzberger (wie Anm. 3), 9.